

Putsch in die Vergangenheit

Thailand: Armee entscheidet Staatskrise zugunsten reaktionärer Elite

„Thahan oak maa“ (Kommt raus Soldaten) hatte Suthep Thaugsuban, Anführer der Regierungsgegner immer wieder gefordert – nach fast sieben Monaten Straßenprotest wurden seine Rufe erhört. Das Militär hat in Thailand die Macht übernommen. Acht Jahre nach dem *Coup d'etat* gegen Ministerpräsident Thaksin Shinawatra putschte die Armee nun die Regierung seiner Schwester Yingluck aus dem Amt. In Thailand herrscht Ausgangssperre. Von 22 Uhr bis 5 Uhr. Auf allen TV- und Radiosendern werden Militärlieder gespielt, unterbrochen von Ansagen des Armeesprechers. Er zählt die Namen der Leute auf, die sich am nächsten Tag beim Militär melden müssen – wo sie schließlich verhaftet werden.

Am 20. Mai um 3 Uhr morgens hatte Armeechef Prayuth Chan-ocha das Kriegsrecht verhängt, an den Straßenkreuzungen Bangkoks Soldaten postiert und alle TV- und Radiostationen der verfeindeten Lager schließen lassen. Er wolle verhindern, dass der Streit zwischen Gegnern und Unterstützern der Regierung eskaliert und alle Beteiligten an den Verhandlungstisch bringen, erklärte der General. Als am Nachmittag des 22. Mai kein Kompromiss zustande kam, verließ Prayuth den Verhandlungssaal, ließ alle Anwesenden festnehmen und ernannte sich selbst zum Machthaber.

Die Reaktionen in der Bevölkerung fielen unterschiedlich aus. „Wir haben einfach keine Rechte“, schütteln die einen den Kopf. Andere zeigen Verständnis: „Wenn beide Gruppen sich nicht einigen können, bleibt doch keine andere Möglichkeit.“ Tatsächlich sind viele Thais in Bangkok erleichtert, dass nach über einem halben Jahr täglicher Demonstrationen wieder Ruhe einkehrt. Prayuth wirkt wie ein Schlichter, denn der Konflikt schien sich zuzuspitzen. Suthep, einst „starker Mann“ der oppositionellen Demokratischen Partei, hatte sich mit dem von ihm gegründeten People's Democratic Reform Committee ein Ultimatum gesetzt: Gelingt es ihm nicht, bis zum 26. Mai die Regierung zu stürzen, würde er sich der Polizei ergeben (ihm drohen Anklagen unter anderem wegen Aufruhr und Einbruch in das Finanzministerium). Auf der anderen Seite hatten die Rothemden mit Bürgerkrieg gedroht, falls die von ihnen unterstützte Regierung entmachtet wird.

Prayuth übernimmt von Suthep

Betrachtet man die Situation vor dem Putsch genauer, lässt sich das Eingreifen der Armee nur schwer rechtfertigen. Suthep schien mit den wenigen tausend Anhängern, die ihm geblieben waren und dem Plan, Ministern nachzustellen, um sie so zum Rücktritt zu „überreden“, keine Aussicht auf Erfolg zu haben. Ein Zusammenstoß beider Gruppen drohte nicht, da die Organisation der Rothemden ihre Demonstration bewusst weit entfernt von Sutheps Leuten in einer Nachbarprovinz westlich der Hauptstadt ausrichtete. Dass Prayuth zudem wirklich der Meinung war, er könne einen zehn Jahre alten Konflikt innerhalb von zwei Verhandlungstagen lösen und einen Kompromiss herstellen, zwischen Sutheps Forderung nach einem von ihm ernannten Ministerpräsidenten und der Absicht der Regierung, Neuwahlen abzuhalten, ist schwer vorstellbar. Vielmehr ist der Putsch kein neutrales „Feuerlöschen“ in letzter Sekunde, sondern die Fortsetzung der Suthep-Agenda mit militärischen Mitteln. Suthep war letztlich nur der Chaos-

Macher, der die Rechtfertigung für den Putsch lieferte. Während die Rothemden, die einst aus der Anti-Coup-Bewegung 2006 hervorgegangen waren, fassungslos reagierten, brach nach dem Coup im Suthep-Lager Jubel aus.

Offiziell ist der Armeechef angetreten, die politischen Gräben zu schließen. Seine Ankündigungen zeigen jedoch, dass er den Streit zugunsten Sutheps beilegen will. Demokratische Wahlen will der General erst in etwa eineinhalb Jahren zulassen. Zuvor soll ein von Prayuth bestimmtes Übergangskabinetts bislang nicht definierte Reformen durchführen. Zeit genug, um gegen Thaksins Verbündete vorzugehen. Ein Vorhaben, für das Suthep monatelang unter dem Slogan *Reform before Election* geworben hatte.

Kampf um die Kontrolle des Staates

Der Coup 2014 ist innerhalb von acht Jahren bereits der zweite Versuch der Armee, den Machtkampf zwischen dem Milliardär Thaksin Shinawatra und den traditionellen Eliten Thailands, einem Netzwerk aus Aristokraten, Militärs, „Big-Business-Familien“, Top-Bürokraten und der Demokratischen Partei, das sich um den kranken 86-jährigen König Bhumibol gruppiert, zugunsten der alten Mächte zu entscheiden. Die *bessere Gesellschaft* fürchtet wegen Thaksins Beliebtheit beim Wahlvolk, die Kontrolle über den Staat zu verlieren.

Rückblick: 2006 forderten Demonstranten des Bangkokener Establishments und Wähler der Demokratischen Partei aus dem wohlhabenderen Süden, gekleidet in der Königsfarbe gelb, den Rücktritt des autoritär aber erfolgreich regierenden Ministerpräsidenten Thaksin. Die sogenannten Gelbhemden warfen Thaksin vor, die Autorität des Königs zu untergraben. Zudem würde der Milliardär das Maß gesellschaftlich geduldeter Korruption überschreiten und Wahlsiege für eine Diktatur der Mehrheit missbrauchen. Seine Stimmen würde Thaksin mit Populismus und ruinösen Regierungsprogrammen zugunsten der unteren Einkommensgruppen erkaufen – bezahlt von den Steuern der Besserverdienenden. Wegen mangelnder Bildung könnten Thaksin-Wähler aus dem ländlichen Norden und Nordosten die Korruption und verfehlte Politik nicht verstehen, lautete der Vorwurf, weshalb Wahlen keine Lösung darstellen würden. Thaksin rief dennoch Neuwahlen aus. Die Parteien der Opposition boykottierten die Abstimmung. Das Verfassungsgericht annullierte Thaksins späteren Wahlsieg. Die Wiederholung der Wahl verhinderte der Militärputsch im September 2006. Vorwürfe und Ereignisse, die sich in den letzten Monaten gegen die seit ihrem Wahlsieg 2011 regierende Yingluck Shinawatra, in ähnlicher Art wiederholen sollten. Yingluck wurde vorgeworfen, nur eine Marionette ihres Bruders zu sein. Diesmal war die Demokratische Partei die einzige Partei, die die Neuwahl boykottierte, nachdem das Parlament aufgrund von Protesten aufgelöst war. 53 Parteien nahmen an der Abstimmung teil. Anhänger Sutheps blockierten jedoch den Zutritt zu einer Reihe von Wahllokalen, woraufhin das Verfassungsgericht die Wahl für ungültig erklärte, weil nicht in allen Bezirken gleichzeitig gewählt werden konnte.

Parteiische Institutionen

Während eine Mehrheit der Thais Parteien wählt, die von Thaksin (mittlerweile im Exil) beeinflusst werden – seit 2001 haben sie jede Wahl gewonnen – spielt das Establishment seine Verbindungen im Militär, im Gericht und in Kommissionen aus und lässt jede dieser Regierungen durch juristische Winkelzüge oder einen Militärputsch entmachten. Ein Schicksal,

das in der Vergangenheit schon anderen Regierungen widerfahren ist. Es war der mittlerweile 12. Putsch seit Abschaffung der absoluten Monarchie 1932. In der thailändischen Demokratie kontrolliert das Establishment alle Staatsorgane, deren Amtsträger ernannt werden – die Armeeführung, das Verfassungsgericht, diverse Kommissionen und die ernannte Hälfte des Senats. Dass der Armeechef alle Institutionen des Staates nach dem Putsch umgehend unter seine Kontrolle nahm, das Verfassungsgericht, die Wahlkommission und die Antikorruptionsbehörde zunächst jedoch im Amt beließ, zeigt, dass in diesen Organen aus Sicht des Anti-Thaksin-Lagers kein Reformbedarf besteht. Die vom Volk gewählten Organe, das Parlament und die zweite Hälfte des Senats, wurden hingegen bis zum Putsch mehrheitlich von Thaksin-nahen Politikern dominiert. Mehrere Angehörige der Shinawatra-Familie, Phüa Thai Politiker, Establishment-kritische Akademiker und Journalisten wurden schon am Tag nach dem Putsch verhaftet, Thaksin-nahe Beamte auf unwichtige Posten versetzt.

Wie nach dem Coup 2006 geschehen, ist jetzt damit zu rechnen, dass die Armee eine Verfassung erlässt, welche die Rechte des Parlaments weiter beschränkt und darüber hinaus Maßnahmen ergreift, um einen erneuten Wahlsieg einer Thaksin nahestehenden Partei zu verhindern. Es ist schwer vorstellbar, das es der Phüa Thai Partei von Yingluck Shinawatra gestattet sein wird, bei der nächsten Wahl ohne Hindernisse anzutreten.

Kriegsrecht schüchtert Rothemden ein

Während Suthep und führende Köpfe der Regierungsgegner, nur kurz oder gar nicht in Militärgewahrsam waren, wurde auf der anderen Seite härter durchgegriffen. Die Armee verhaftete alle nationalen und regionalen Anführer der Rothemden, die in den letzten sieben Jahren auf Seiten der Shinawatra-Regierungen politisch aktiv waren, vor allem aber für gleiche Rechte und demokratische Wahlen eintreten. Während die Führungsriege unter Hausarrest steht, wurden die meisten Inhaftierten nach mehreren Tagen Beugehaft unter der Auflage freigelassen, sich politisch nicht mehr zu betätigen.

Der von den Rothemden im Falle eines Putsches angekündigte Volksaufstand ist ausgeblieben. Stattdessen halten sich die „Roten“, die den „Gelben“ zahlenmäßig überlegen sind, bedeckt. Zu groß ist die Bedrohung durch das Militär, das unter Kriegsrecht jederzeit Verhaftungen durchführen kann. Auch ohne ihre Anführer und die von der Junta geschlossenen TV- und Radiostationen sind die vielen auf persönlichen Kontakten, Telefon und Internet basierenden Netzwerke der Bewegung aber weiterhin intakt. „Rau mai jôm“ (Wir akzeptieren das nicht), sagen sie. Den Glauben an einen gerechten Staat hatten sie schon vor dem Mai-Putsch verloren. Die erneute Entmachtung einer von ihnen unterstützten Regierung durch das Militär wird sie in ihrer Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse weiter bestärken. Bereits vor dem Putsch verfügte die Bewegung über einen militanten Untergrund. Mehr „Rote“ könnten sich anschließen. Armeechef Prayuth, der 2010 Proteste der Rothemden in Bangkok mit Waffengewalt niederschlagen ließ, wobei rund 100 Menschen getötet und 2000 verletzt wurden, wird jedoch kaum zögern, hart gegen Widerstand vorzugehen.

Drei Finger als Zeichen des Widerstands

Dennoch gibt es Thais, die sich dem Versammlungsverbot der Junta

widersetzen. Nach täglichen Anti-Coup-Demonstrationen wird der Platz rund um das Victory Monument in Bangkok mit einem Großaufgebot von Polizei und Armee abgeriegelt. Proteste in anderen Städten Thailands wurden ebenso durch massive Präsenz von Armee und Polizei gestoppt. Seitdem liefern sich Demonstranten ein Katz-und-Maus-Spiel mit der Armee und rufen sich über Twitter und Facebook kurzfristig an wechselnden Orten zu Protesten zusammen. Da Schilder und Transparente zu gefährlich wurden, ist ihr neues Zeichen der Dreifingergruß aus dem Kinofilm „Die Tribute von Panem“ – ein Symbol des Widerstands gegen einen totalitären Staat.

Auf Anti-Coup-Protesten vermischen sich nicht sichtbar gekleidete Rothemden mit Demonstranten, oftmals Studenten und jüngere Angestellte, die vorher nicht zu den Rothemden gehörten. Gemeinsam rufen sie „lüag dang“ (Wahlen). Prayuth könnte den Anstoß für eine neue Allianz gegeben haben. Zwischen Rothemden, die den Klüngel der alten Eliten bekämpfen, gleiche Rechte und ökonomische Teilhabe fordern, aber bisher durch ihre Nähe zu Thaksin vom Establishment leicht zu verunglimpfen waren und denen, die im hitzigen Rot-Gelb-Konflikt unsichtbar blieben, sich das Recht zu wählen aber nicht länger verbieten lassen wollen.

Die gelbe Allianz in ihrem Versuch, das sogenannte „Thaksin-Regime“ zu eliminieren, ignoriert, dass Thaksin vom Volk gewählt wurde. Von Thais, die sich für den bürgernahen Stil des ehemaligen Ministerpräsidenten begeisterten, der im Ruf steht, als erster Politiker seine Wahlversprechen gehalten zu haben. Unter Thaksin hatten sich die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten unter anderem durch eine günstige Krankenversicherung, Bildungs- und Kleinkredite spürbar verbessert.

Der Coup 2006 ist in seinem Versuch, Thaksin-Wähler ruhig zu stellen, gescheitert. Stattdessen hat er viele Thais politisch aufwachen lassen. Der Coup 2014 ist der erneute Versuch, die Uhren in Thailand zurückzudrehen. In eine Zeit, in der sich jeder Thai folgsam in eine hierarchisch organisierte Gesellschaft einfügte und eine kleine Elite in Bangkok politische Entscheidungen unter sich ausmachte. Die Mehrheit der Thais will jedoch demokratisch mitbestimmen. Die gelbe Allianz scheint dennoch entschlossen und angesichts der Fülle ihrer Mittel in der Lage zu sein, ihren Führungsanspruch über demokratische Spielregeln hinweg durchzusetzen.

Über den Autor: Martin Lassak ist Doktorand der *Bonn International Graduate School* der Universität Bonn. Er arbeitet zur politischen Krise in Thailand.